Folien zum Vortrag

Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
Kulturwissenschaftliches Institut

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
Institut Arbeit und Technik

Arbeitsplätze um jeden Preis? Argumente und Fakten zu Niedrig-, Kombi- und Mindestlöhnen

bei der Diözesankonferenz der Betriebs- und Personalräte am 9. November 2004 in Essen

Dr. Claudia Weinkopf
Institut Arbeit und Technik
Wissenschaftszentrum NRW

NRW.

Gliederung

1. Kontroversen im Überblick
2. Zu wenig Niedriglöhne in Deutschland?
3. Steigender Druck auf die Löhne
4. Kombilöhne
5. Mindestlöhne
6. Fazit

1. Kontroversen im Überblick

- „Das Lohnniveau in Deutschland ist zu hoch. Mehr Niedriglöhne würden die Beschäftigung steigern. Davon würden vor allem gering Qualifizierte profitieren.“
- „Es gibt bereits viele Niedriglohnjobs. Um (weiteres) Lohndumping zu unterbinden, sind gesetzliche Mindestlöhne erforderlich.“
- „Gesetzliche Mindestlöhne...
  - ⇨ ... wären ein Eingriff in die Tarifautonomie.“
  - ⇨ ... würden Arbeitsplätze vernichten.“

2. Zu wenig Niedriglöhne in Deutschland? (1)

- **Ausmaß von Niedriglohnjobs in Deutschland ist umstritten**
  - ⇨ unterschiedliche Definitionen
  - ⇨ mangelnde Verfügbarkeit vor allem aktueller Daten
- **WSI-Ergebnis für 1997** (nur Vollzeitbeschäftigte)
  - ⇨ gut 1/3 verdienten weniger als **75 % des Durchschnittseinkommens**
- **IW-Ergebnis für 2001** (alle Beschäftigten)
  - ⇨ 8,6 % in West- und 5,7 % in Ostdeutschland verdienten weniger als **50 % des Durchschnittseinkommens**
  - ⇨ ca. ein Viertel **verdient weniger als 75 %**

2. Zu wenig Niedriglöhne in Deutschland? (2)

- **Niedriglöhne sind keineswegs selten**
- **eher in Klein- als in Großbetrieben**
- **in vielen Branchen zu finden**
- **keine Beschränkung auf formal gering Qualifizierte**
  - ⇨ WSI-Ergebnis: Anteil von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nur rund 23 %
- **Frauen sind deutlich stärker betroffen als Männer**

- **auch zahlreiche tarifliche Niedriglöhne**

2. Zu wenig Niedriglöhne in Deutschland? (3)

- **648 Tarifgruppen mit Stundenlöhnen unter 6 €**
  - ⇨ davon 46,5 % in Westdeutschland
- **Ausgewählte Beispiele:**
  - ⇨ **2,74 €: kaufmännische Angestellte** ohne Ausbildung im Gartenbau in Sachsen in den ersten beiden Berufsjahren; 3,95 € mit Berufsausbildung
  - ⇨ **4,22 €: ausgebildete Friseur/innen** im ersten Jahr, Berlin; 3,18 € in den ersten beiden Jahren oder nach Wiedereinstieg, Thüringen
  - ⇨ **5,05 €: Wachleute / Tagdienst**, Schleswig-Holstein (Nachtdienst: 4,60 €)

3. Steigender Druck auf die Löhne...

- **...nicht erst mit Hartz IV,**
  - ⇨ ALG II
  - ⇨ verschärfte Zumutbarkeit
  - ⇨ gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten („1 €-Jobs“)
- **sondern auch durch:**
  - ⇨ Globalisierung + verschärften Wettbewerb
  - ⇨ Rückgang der Tarifbindung insgesamt (nur noch 70 % West, 55 % Ost)
  - ⇨ Zunahme von Dienstleistungsbereichen ohne (wirksame) tarifliche Regelungen
  - ⇨ Deregulierung + „neue“ Arbeitsformen: Zeitarbeit, Minijobs, Ich-AG‘s, Personal-Service-Agenturen...

Institut Arbeit und Technik

4. Kombilöhne (1)

- **Grundideen**
  - ⇨ staatlicher Zuschuss für niedrig Verdienende, um Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen
  - ⇨ mehr Beschäftigung und bessere Chancen für gering Qualifizierte
- **unterschiedliche Konzepte**
  - ⇨ Zuschuss befristet oder dauerhaft?
  - ⇨ auch für bestehende Arbeitsverhältnisse oder nur für zusätzliche Einstellungen?
  - ⇨ Begrenzung auf bestimmte Zielgruppen (z.B. gering Qualifizierte, Langzeitarbeitslose)?

Institut Arbeit und Technik

4. Kombilöhne (2)

- **Modellprojekte und Programme** *(z.B. Mainzer Modell, Einstiegsgeld u.ä.)* **wenig erfolgreich**
  - ⇨ Fallzahlen blieben deutlich hinter Erwartungen zurück
  - ⇨ geringes Interesse der Unternehmen an der Schaffung niedrig entlohnter Arbeitsplätze
  - ⇨ Anteile gering Qualifizierter und Langzeitarbeitsloser eher niedrig
  - ⇨ Mitnahmeeffekte nicht ausgeschlossen
  - ⇨ zusätzliche Beschäftigung fraglich
- **Problem bei dauerhafter Subventionierung**
  - ⇨ extrem hohe Kosten

5. Gesetzliche Mindestlöhne (1)

Pro

- Tarifsystem bietet keinen wirksamen Schutz gegen Lohndumping
- sozialpolitische Untergrenze für niedrige Löhne erforderlich
- Instrument zur Vermeidung von „working poor“
- viele andere Länder haben gesetzliche Mindestlöhne

Kontra

- Eingriff in die Tarifautonomie mit Sogwirkung nach unten für höhere Löhne
- erhebliche Gefährdung von Arbeitsplätzen
- staatliche Überregulierung
- für Deutschland ungeeignet

5. Gesetzliche Mindestlöhne (2)- International

- **Neun der 15 alten EU-Mitgliedsländer haben gesetzlichen Mindestlohn**
  - ⇨ Ausnahmen: Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien, Österreich, Schweden
  - ⇨ Höhe zwischen 416 € (Portugal) und 1.369 € (Luxemburg) für Vollzeitbeschäftigte pro Monat
- **Neun der 10 neuen EU-Mitgliedsländer haben gesetzlichen Mindestlohn**
  - ⇨ zwischen 56 € (Bulgarien) und 535 € (Malta)
- ***Zum Vergleich: Mindestlohn in den USA (2003): 877 € (in einigen Staaten höher)***

Institut Arbeit und Technik

5. Gesetzliche Mindestlöhne (3)- Deutschland

- **kein Angriff auf die Tarifautonomie, sondern ein sozialpolitisches Instrument gegen weitere Ausbreitung von Armutslöhnen**
- **Orientierungspunkt / Rückhalt für Beschäftigte in „atypischen“ Arbeitsverhältnissen / nicht tarifgebundenen Bereichen**
- **„Haltegriff“ auch für Gewerkschaften und Betriebsräte**

- ***Erfahrung in Großbritannien**: keine negativen Beschäftigungswirkungen bei Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes vor einigen Jahren*

Institut Arbeit und Technik

6. Fazit

- **Niedriglöhne sind in Deutschland schon heute keineswegs eine Seltenheit**
- **weiterer Druck auf das Lohnniveau u.a. durch Arbeitsmarktreformen**
- **Gleichsetzung „weniger Lohn - mehr Beschäftigung“ ist empirisch (auch im internationalen Vergleich) keineswegs belegt**
- **Offene Fragen:**
  - ⇨ Wo ist die Grenze der (Un-)Zumutbarkeit erreicht?
  - ⇨ Kann und will der Staat Niedrig(st)löhne grenzenlos subventionieren?

Institut Arbeit und Technik